

DER PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER LANDWIRTSCHAFT

Pressedienst Nr. 16383
Donnerstag, 29. September 2022

Energiekrise: Lebensmittelproduzenten im Maßnahmenplan prioritär behandeln	1
Kristijana Lastro neue Leiterin der Unternehmenskommunikation bei AMA-Marketing	1
LK OÖ-Vollversammlung: Stromkostenzuschuss entlastet bäuerliche Betriebe	2
Langer-Weniger zu RED III: Holz ist die Lösung in der Energie- und Klimakrise	4

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



Die Niederösterreichische
Versicherung

Energiekrise: Lebensmittelproduzenten im Maßnahmenplan prioritär behandeln

Verbände stellen klare Forderungen auf

Brüssel, 29. September 2022 (aiz.info). - Die EU-Energieminister diskutieren am kommenden Freitag über Sofortmaßnahmen gegen die explodierenden Energiepreise. Der Dachverband der EU-Landwirte und -Genossenschaften, COPA-COGECA, fordert gemeinsam mit den Verbänden Primary Food Processors (PFP) und FoodDrinkEurope die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, die Agrar- und Lebensmittelkette prioritär zu behandeln, um eine ausreichende Nahrungsmittelproduktion zu gewährleisten.

"Der EU Agrar- und Lebensmittelsektor ist von dem anhaltenden und beispiellosen Anstieg der Energiekosten stark betroffen. Die Branche braucht sofortige und effektive Lösungen, um ihre Wirtschaftlichkeit sowie die Produktion von preislich erschwinglichen Lebensmitteln und Getränken abzusichern", verdeutlichen die Verbände unisono und fordern von den Mitgliedstaaten eine wirksame Lösung zur Senkung der Energiekosten, um somit die Versorgung sowie den Fortbestand der Betriebe zu sichern.

Landwirtschaftlichen Höfe und Unternehmen entlang der Lebensmittelversorgungskette sollten deshalb von verpflichtenden Energieeinsparungen während der Hauptproduktionszeiten ausgenommen werden. Ernsthafte Markt- und Versorgungslücken durch eine Unterbrechung der Lieferketten sollen so vermieden werden, stellen die Verbände klar und fordern ebenso die Priorisierung der Lebensmittelversorgungskette in den Gasrationierungsplänen der Mitgliedstaaten ein.

Auch eine Überarbeitung des befristeten Krisenrahmens für staatliche Beihilfen wird von COPA-COGECA, PFP und FoodDrinkEurope gefordert. Der Krisenrahmen sollte entsprechend dem Zweck der Agrar-Lebensmittel-Lieferkette angepasst werden, da viele mit Liquiditätsproblem aufgrund enorm hoher Energiepreise zu kämpfen hätten. (Schluss) hub

Kristijana Lastro neue Leiterin der Unternehmenskommunikation bei AMA-Marketing

Erfahrene Expertin übernimmt ab 1. Oktober

Wien, 29. September 2022 (aiz.info). - Mit 1. Oktober 2022 übernimmt die Kommunikationsexpertin **Kristijana Lastro** den Bereich Unternehmenskommunikation bei der AMA-Marketing GmbH. Lastro bringt über 15 Jahre Erfahrung im Bereich PR, der internen und externen Kommunikation sowie Expertise im Marketing und Business Development mit. Die 47-Jährige wird die Geschäftsführung der AMA-Marketing zukünftig als Unternehmenssprecherin in allen Bereichen der Unternehmenskommunikation unterstützen.

Noch größeres Augenmerk als bisher möchte die AMA-Marketing zukünftig auf den Austausch mit ihren internen und externen Stakeholdern sowie Partnern legen. Dafür hat sich die Organisation eine erfahrene Kommunikationsexpertin an Bord geholt: Kristijana Lastro wird die Projekte der

AMA-Marketing ab Anfang Oktober kommunikativ begleiten und eng mit der neu bestellten Geschäftsführerin Christina Mutenthaler-Sipek zusammenarbeiten, die mit 1. Jänner 2023 von Michael Blass übernimmt.

"Wir freuen uns, mit Kristijana Lastro eine versierte Kommunikatorin für unsere Organisation gewonnen zu haben. Sie verfügt über ein breit gefächertes Wissen in allen Kommunikationsdisziplinen und bringt große Erfahrung aus unterschiedlichen Branchen, Führungserfahrung und gleichzeitig ausgeprägte Teamplayer-Qualitäten mit. Kristijana Lastro wird das AMA-Marketing Team auch mit ihrem Digitalwissen bereichern und damit neue Akzente in der Unternehmenskommunikation setzen", so **Christina Mutenthaler** und **Michael Blass** unisono. Inhaltlich werden vor allem die Themen Qualität und Tierwohl sowie der verstärkte Austausch mit der Öffentlichkeit Schwerpunkte der Kommunikationsarbeit bleiben. Aber auch die interne Kommunikation möchte Lastro intensivieren, insbesondere Digitalisierungsthemen stehen auf der Agenda.

Kristijana Lastro absolvierte das Studium der Rechtswissenschaften wie auch den postgradualen Universitätslehrgang für Rechtsinformation und Informationsrecht an der Universität Wien (LL.M). Nach einigen Jahren beim Telekommunikationsanbieter One fand sie dort ihre eigentliche Berufung in der Kommunikation und absolvierte die Ausbildung zur zertifizierten PR-Beraterin. Ab 2008 baute Lastro den Kommunikationsbereich der internationalen Anwaltskanzlei CMS gänzlich neu auf und verantwortete dort in ihrer letzten Position die Bereiche Business Development, Marketing & Communications für Österreich sowie Central and Eastern Europa (CEE). Kristijana Lastro verfügt über eine Ausbildung als Führungs-Coach und führte bei CMS ein Team von 20 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in zehn Ländern. Daneben absolvierte sie weiterführende Ausbildungen, unter anderem im Bereich Digital Business und Change-Management. Ihrem Wunsch, den Fokus ihrer Arbeit wieder vermehrt auf die Unternehmenskommunikation zu legen, trägt sie mit ihrer neuen Position als Unternehmenssprecherin der AMA-Marketing Rechnung.

"Die AMA-Siegel stehen für Vertrauen, Qualität und Nachvollziehbarkeit. Vor allem stehen sie aber für die Wertschätzung gegenüber Lebensmitteln, deren Produzentinnen und Produzenten und allen Partnern entlang der Wertschöpfungskette bis zum Konsumenten. Diese Wertschätzung möchte ich auch in der Kommunikation zu meinem Leitprinzip machen: mit transparenter Kommunikation, innovativen und zielgruppengerechten Formaten und im aktiven Dialog mit der Fachwelt genauso wie mit der breiten Öffentlichkeit", freut sich Lastro auf ihre neue Aufgabe. (Schluss) APA OTS
2022-09-29/11:04

LK OÖ-Vollversammlung: Stromkostenzuschuss entlastet bäuerliche Betriebe

Kritik an RED III-Beschluss und drastischen Reduktionsplänen bei Pflanzenschutzmitteln

Linz, 29. September 2022 (aiz.info). - Im Zuge der Vollversammlung der Landwirtschaftskammer (LK) Oberösterreich wurde der lange geforderte und nun umgesetzte Stromkostenzuschuss für die Landwirtschaft begrüßt. Deutliche Kritik kam jedoch zur geplanten Einschränkung der Nutzung primärer Biomasse durch den RED III-Beschluss sowie zum Verordnungsentwurf hinsichtlich der

Reduktion von Pflanzenschutzmitteln. "Die sprunghaft gestiegenen Stromkosten führen zusehends zu einer Existenzbedrohung für die Betriebe. Vor allem der anlagenintensive Tierhaltungsbereich sowie die bäuerlichen Direktvermarkter sind von diesen Entwicklungen am massivsten betroffen. Mit dem vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft - BML - verkündeten Stromkostenzuschuss in der Höhe von 120 Mio. Euro kann den heimischen Betrieben nun rasch und zielgerichtet geholfen werden", betonte LK OÖ-Präsident **Franz Waldenberger**

Mit Zuschlägen für energieintensive Bereiche, etwa die Tierhaltung, sollen besonders betroffene Betriebe noch stärker entlastet werden. "Damit wird auch ein Beitrag zum Erhalt der Lebensmittelproduktion und ausreichenden Versorgung im Land geleistet", so Waldenberger. Die Umsetzung und Ausbezahlung des Stromkostenzuschusses erfolgt mittels Sonderrichtlinie des BML auf Basis des Landwirtschaftsgesetzes. Details zur Ausbezahlung werden aktuell durch das BML in Abstimmung mit der Bundesanstalt für Agrarwirtschaft erarbeitet, erklärt die LK OÖ. Ziel dabei ist, den tatsächlichen Stromverbrauch in der Landwirtschaft zu berücksichtigen und eine einfache Form der Abwicklung zu gewährleisten. Grundsätzlich sollen alle Betriebe mit landwirtschaftlicher Urproduktion und landwirtschaftlichem Nebengewerbe vom Stromkostenzuschuss profitieren.

RED III-Beschluss - Geplante Einschränkung der Biomassenutzung nicht akzeptabel

"Die Nutzung und der Ausbau von Biomasse ist ein zentraler Baustein zur Erreichung der Energiewende. Umso fragwürdiger war daher der am 14. September gefasste Beschluss des Europäischen Parlaments zu RED III, dass die direkte Nutzung von primärer Biomasse aus dem Wald zur Energieerzeugung in der staatlichen Bilanzierung nur mehr eingeschränkt als nachhaltig eingestuft werden kann", moniert Waldenberger. In Oberösterreich seien viele Existenzen in der Land- und Forstwirtschaft an die Holznutzung geknüpft. Zudem stelle der Biomassesektor einen wichtigen Wirtschaftsfaktor dar, an dem zahlreiche Arbeitsplätze hängen. "Gerade in Zeiten der akuten Energiekrise, der unsicheren Versorgungslage und extremen Preissteigerungen kann eine Abänderung dieses Beschlusses nur die logische Konsequenz sein. Anders sind die europäischen Umwelt- und Klimaziele nicht zu schaffen", merkt der LK OÖ-Präsident kritisch an.

Geplante Reduktion des Pflanzenschutzmitteleinsatzes und strengere Dokumentationspflichten schaffen Probleme

Der Verordnungsentwurf über die nachhaltige Verwendung von Pflanzenschutzmitteln sieht die Reduktion des Einsatzes von Wirkstoffmengen bis 2030 um 50% vor. Außerdem sind noch strengere und umfassendere Dokumentationspflichten als bisher vorgesehen. "Der Verordnungsentwurf geht deutlich über die Ziele der Farm to Fork-Strategie hinaus. Durch die Reduktion der Pflanzenschutzmittelmengen besteht die begründete Gefahr, dass die Erträge der landwirtschaftlichen Kulturen in Europa deutlich sinken werden", gibt Waldenberger zu bedenken. Wissenschaftlichen Schätzungen zufolge wird sich der Produktionsumfang um bis zu 20% reduzieren. "Damit gefährdet man bewusst die Versorgungslage in Europa. Außerdem konnte Österreich den chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmitteleinsatz seit dem Jahr 2011 um 18 Prozent reduzieren. Weiters sorgt die Verschärfung der Dokumentationspflichten für enorme bürokratische Herausforderungen für die österreichischen, kleinstrukturierten Betriebe und ist für viele nur schwer umsetzbar. Eine Entschärfung ist hier dringend erforderlich", so der Kammerpräsident.

Kritik gibt es dabei auch an der Erhebungs- und Berechnungsweise der eingesetzten Pflanzenschutzmittel für die EU- weite Statistik. Nicht berücksichtigt wird laut LK OÖ etwa der Umstand, dass bei manchen Wirkstoffen höhere Aufwandsmengen aufgrund des höheren Gewichts notwendig sind und sich diese entsprechend in der Statistik niederschlagen. Außerdem werde CO₂ in die Berechnung mitaufgenommen, welches aber ausschließlich zum Vorratsschutz bei Obst und Gemüse eingesetzt wird. Nicht nur Österreich, auch viele weitere Mitgliedsstaaten würden daher die Indikatoren für die Berechnung kritisieren und eine Abänderung fordern. (Schluss)

Langer-Weniger zu RED III: Holz ist die Lösung in der Energie- und Klimakrise

Biomasse hochfahren und nicht runter

Linz, 29. September 2022 (aiz.info). - Eine "Hiobsbotschaft" war für OÖ Agrarlandrätin **Michaela Langer-Weninger**, der im EU-Parlament gefasste Beschluss zur Überarbeitung der Erneuerbaren Energie Richtlinie (Renewable Energy Directive - RED III) und Beschränkung des Biomasseausbaus. "Mitten in der schlimmsten Gas-Versorgungskrise der Geschichte und der ständigen Bedrohung durch den Klimawandel soll Energie ausnachhaltiger Holznutzung nicht länger grün und damit förderfähig sein. Der Atomenergie jedoch soll das grüne Mascherl verpasst werden. Wenn wir die Energiewende schaffen wollen, dann müssen wir die Nutzung von Holz und anderen Formen der Biomasse hochfahren und nicht runter. RED III bekommt von mir - Nomen est omen - die rote Karte. Die Nutzung von Holz ist nicht das Problem, sondern die Lösung. Wer das nicht erkennt, ist auf dem Holzweg", findet Langer-Weninger klare Worte.

Im Konkreten soll nach den Plänen der neuen RED III die direkte Nutzung von Biomasse auf dem durchschnittlichen Niveau des Jahres 2017 bis 2022 eingebremst werden. In weiterer Folge soll diese Menge bis 2030 auf ein von der Kommission noch vorzuschlagendes Niveau reduziert werden um eine Übernutzung der Wälder zu verhindern. "In Oberösterreich wächst aber täglich mehr Holz nach als genutzt wird. Das belegt auch die Agrarstrukturhebung 2020, die ein Ansteigen der forstwirtschaftlichen Flächen von 1,1% auf insgesamt 450.000 ha in den vergangenen zehn Jahren ergeben hat", verdeutlicht Langer-Weninger. Auch das Datenmaterial für die Gesamtfläche der EU-27 liefere ein Argument "pro Holz": In den vergangenen drei Jahrzehnten sei die Waldfläche in diesem Gebiet um rund 14 Mio. ha gewachsen.

Langer-Weninger stellt sich daher klar gegen RED III und fordert selbiges auch von den österreichischen Vertretern, die in Brüssel noch etwas gegen die Gesetzwerdung von RED III bewirken können: "Es ist nun an den 27 Energieministern der Mitgliedsstaaten einzugreifen. Im Rahmen des Trilogs können sie das Ende des Biomasseausbaus noch kippen. Ich fordere daher Ministerin Gewessler auf, für die grüne Lösung der Biomasse einzutreten. Andernfalls werden wir unsere Klimaziele nicht erreichen und uns von der Abhängigkeit gegenüber Russland direkt in eine neue begeben - sei es in jene von der Atomlobby oder von Staaten, die Flüssigerdgas oder ausreichend Strom für die Erzeugung von grünem Wasserstoff bereitstellen."

In Oberösterreich werden aktuell 59 Biogasanlagen sowie 340 Nahwärmeanlagen betrieben. Letztere erzeugen jährlich aus 1,2 Mio. Schüttraummeter Hackgut, Wärmeenergie. "Das ersetzt 100 Mio. m³ fossiles Erdgas, das reicht umgerechnet für 130.000 Haushalte, wenn man als Maßstab ein Energiesparhaus heranzieht", erklärt Alois Voraberger, Geschäftsführer Biomasseverband OÖ.

"Diese Anlagen versorgen die Haushalte aber nicht nur unkompliziert mit nachhaltiger Wärme aus der Region, sondern erzielen eine CO₂-Reduktion von 260.000 t im Vergleich zu fossilen Energieträgern." Rechnet man noch die klimafreundliche Energieerzeugung (Strom und Abwärme) durch die 59 Biogasanlagen in Oberösterreich hinzu, werden nochmals 80.000 t Kohlendioxid (CO₂) durch den Betrieb von Biomasse-Anlagen eingespart. "So geht Energiewende", meint Langer-Weninger. (Schluss)